

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849**

26.5.1849 (No. 11)

# Karlsruher Zeitung.

Organ des Landesausschusses.

Samstag, 26. Mai.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14., wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Nr. 11.

## Amtlicher Theil.

### Die Vollzugsbehörde des Landesausschusses. Ministerium des Innern.

An sämtliche Bivolkommissäre.  
Nach der Verordnung vom 18. d. M., Reg.-Bl. Nr. 32, sind alle Bivolkommissäre, welche nicht spezielle Aufträge erhalten haben, und sich durch eine vom Landesausschusse oder der Vollzugsbehörde unterzeichnete Urkunde hierüber auszuweisen vermögen, ersuchen. Wir sind bei Ernennung der Bivolkommissäre von der Ansicht ausgegangen, daß nur solche Männer hiezu bestimmt werden sollen, welche das Vertrauen der Bürger des Bezirkes besitzen, und von denen erwartet werden kann, daß sie Alles anbieten, um der jetzigen Regierung das Vertrauen des Landes zu erwerben und zu erhalten. Von verschiedenen Seiten gehen uns Anzeigen zu, daß Einzelne der früher ernannten Bivolkommissäre auf den Grund der nun ersuchten Vollmachten Befehle ertheilen und eine Mißstimmung unter den Bürgern hervorrufen. Wir fordern daher sämtliche Bivolkommissäre auf, dafür zu sorgen, daß solchen Eigenmächtigkeiten ein Ziel gesetzt werde. Eben so ist uns die Anzeige gemacht worden, daß von verschiedenen Staats- und Gemeindebeamten zur Nichtanerkennung des Landesausschusses und der von ihm eingesetzten Behörden aufgerufen werde. So sehr wir bemüht sind, in der schweren Zeit der Aufregung alle Rücksichten, welche die Humanität und die Achtung gegenseitiger Ueberzeugung gebietet, walten zu lassen, so können wir doch offene Aufsehnung gegen die vom Volke eingesetzte Regierung aus naheliegenden Gründen nicht dulden, und fordern daher die Bivolkommissäre auf, mit aller Strenge gegen diejenigen einzuschreiten, welche es versuchen, durch Aufreizung gegen die jetzt bestehende Regierung den Bürgerkrieg zu entzünden, und die bis jetzt aufrechterhaltene Ordnung zu vernichten. Ueber die in einzelnen Fällen getroffenen Anordnungen ist sogleich ein umfassender Bericht zu erstatten.  
Karlsruhe, den 24. Mai 1849.  
L. Brentano.

vd. Zipp.

### Erklärung der Reichskommissäre über die Zustände in Baden.

Auf das heute von dem Landesausschusse für das Großherzogthum Baden, zum Zwecke der Widerlegung irriger, in öffentlichen Blättern verbreiteter Nachrichten, an uns gestellte Verlangen einer amtlichen Darstellung der badischen Zustände beehren wir uns zu erwiedern, daß wir, bis die Verhältnisse hier und in Frankfurt unserer Wirksamkeit eine entscheidende Richtung gestatten werden, nicht in der Lage sind, einem solchen Wunsche umfassend zu entsprechen.  
Wir gestatten aber gerne, daß die in dem Schreiben des Landesausschusses angezogene, von uns gemachte mündliche Aeußerung veröffentlicht werde. Darnach ist, seitdem sich der Landesausschuss an die Spitze der Geschäfte gestellt hat, so weit die amtlichen Erhebungen hier und im Oberland reichen, eine gewaltstame Störung des Verkehrs und des Eigenthums, oder eine Verletzung von Personen nicht vorgekommen; die Stimmen, welche wir aus allen Klassen der Gesellschaft vernahmen, sprachen sich insgesammt — abgesehen von ihren politischen Meinungen über die zunächst notwendige künftige Gestaltung der Dinge — nur anerkennend über die Wirksamkeit aus.  
Karlsruhe, den 24. Mai 1849.  
Die Reichskommissäre.

Karlsruhe, 25. Mai. Aus Auftrag des Landesausschusses wird Nachstehendes zur Deffentlichkeit gebracht:  
Badischer Landesausschuss!

Gemäß des Auftrags überschiden wir dem Landesausschuss diejenigen Gelder im Betrage von 120 fl. 13 kr., welche von hiesigen Bürgern zur Unterstützung der Regierung gesammelt wurden. Wir legen es freudig auf den Altar des Vaterlandes nieder, und bitten um öffentliche Bescheinigung.  
Mahlberg, den 23. Mai 1849.

Der Vorstand des Volksvereins.  
Kuhn, Kronenwirth.  
Kuhn, Schriftführer.  
Beschluss.  
Der Empfang wird durch Veröffentlichung des obigen Schreibens bescheinigt.  
Der Landesausschuss.  
J. Fickler, als Vorsitzender.

### Das Königthum und die materiellen Interessen.

Was am lautesten gegen das monarchische Regierungssystem spricht, das ist das Budget. Je monarchischer ein

Staat ist, desto mehr Geld wird für Zwecke verwendet, welche nicht unmittelbar das Volkswohl betreffen; je republikanischer ein Staat ist, desto höhere Summen werden für allgemeine Zwecke ausgegeben.

Aus dem Budget eines Staates ist alles Uebrige zu erkennen: Ungeheure Ausgaben für das stehende Heer, welche das ganze Land ausaugen, beweisen die Herrschaft einer kleinen Minorität über das gesammte Volk, beweisen die Gehässigkeit der Regierung und den Argwohn gegen das Volk, so wie das Mißtrauen des Volkes gegen die Regierung. In Preußen, z. B., geht fast die Hälfte des gesammten Staats Einkommens an die besolobten Müßiggänger verloren, deren Arbeitskräfte noch dazu dem nationalen Gewerbfleiß entzogen sind. Unter Louis-Philippe's Regierung dagegen waren die „Fonds serets“ (Geheimen Ausgaben) ein maßgebender Posten, denn wie Preußen durch die brutale Gewalt, so regierte der französische Epiciers-König durch Vorsehung und Hinterlist. In solchen Ländern sucht man der Volkserziehung die nöthigen Summen zu entziehen, weil man die Aufklärung der Massen fürchten muß, während Demokratien, wie Zürich, darin ihre Hauptaufgabe und ihre hauptsächlichste Ausgabe sehen.

In den Monarchien werden Kadettenhäuser und Fräuleinstifte begünstigt, in den Demokratien polytechnische Anstalten mit freiem Eintritt für jeden Bildungsfähigen. — Ueberhaupt müssen die materiellen Interessen von den konsequenteren Despoten vernachlässigt werden, denn ein behagliches und wohlhabendes Volk könnte sich ja selbst die Mittel der Aufklärung und Bildung verschaffen. Despot und Pfaffe gehen mit geistlichen und weltlichen Zehnten hierbei Hand in Hand. Man studiere nur die Geschichte Irlands, oder die Oberschlesien. Als in Oberschlesien die Hungerspest wüthete, haute der fromme König — Kirchen auf die Spitzen der Berge, statt Spitäler und Arbeitshäuser in die Thäler.

Von der Gewerbefreiheit liebt der Monarchismus nur die Ausbeutung der arbeitenden Klassen durch die Fabrikherren; darum verbietet er, natürlich nach positiven Gesetzen, die Verbindungen der Arbeiter, gestattet aber die Koalitionen der Arbeitstyrannen. Diese dürfen nach gemeinsamem Plane den Arbeiter unterdrücken, — ein Königthum in nudo; aber die Arbeiter dürfen sich nicht verbinden, denn das könnte sie lehren, sich frei zu machen!

Von dem Zustweesen liebt der Monarchismus die Gliederung, die Ungleichheit, kurz die Ungerechtigkeit; aber die gegenseitige Hilfe und Unterstützung, d. h. die soziale Solidarität, weiß er davon auszuschließen.

Die Penny-Post, welche mehr einträgt als die theuere Briefverbindung, vernachlässigt der unfreie Staat, weil sie den Verkehr zwischen den Bürgern erleichtert und jener Trennung entgegenwirkt, auf welcher alle Herrschaft beruht.

Der Monarchismus thut das Böse überall, zwar nicht, wie der Teufel, um des Bösen willen, aber er ist so beschaffen, daß nur das Böse ihm dient! — Jeder Fürst sucht eine große Juvilliste zu erhaschen, nicht immer aus Habgucht, nothwendig aber als ein Mittel der Unterdrückung, der Verarmung und der Verbummung. Und nun kommen die Bedientenseelen und loben es, wenn „Geld unter die Leute kommt.“ — Allein die demokratische Regierung würde vorziehen, das Geld als Unterstützung der Industrie unter die Nothleidenden zu zerstreuen, es auf produktive Gewerbeanstalten, auf Handel und Ackerbau verwenden zu lassen, den Proletarier davon zu ernähren und sein Kind davon zu erziehen, und so das Geld unter die tüchtigen und fleißigen Leute kommen zu lassen, statt daß jetzt französische Pastetenbäcker und Maitresses es im Auslande vertreiben, oder volkreverrätherische Höflinge es im Inlande verbergen.

Vor allen Dingen aber sucht der Monarchismus ein ungerechtes Steuersystem zu erhalten, damit durch Ausfagung der niederen Stände und Bevorzugung der Reichen die förmliche Ungleichheit geschaffen werde, in welcher die Untertanen sich gegenseitig aufreiben, und der König am sichersten herrscht.

## Deutschland.

Karlsruhe, 25. Mai. Es kann nicht fehlen, daß in Zeiten gewaltiger Aufregung gewisse Rechtsverhältnisse falsch aufgefaßt werden, namentlich wo das Naturrecht mit den momentanen Bedürfnissen der Gesellschaft in Widerspruch geräth. So ist mehrfach in Baden der Irrthum geäußert worden, als ob die bisherigen Steuern nicht mehr zu Recht bestehend wären. Dieser Irrthum ging aus der ganz richtigen Ueberzeugung hervor, daß das alte Steuersystem mit den Forderungen absoluter Gerechtigkeit sowohl, als mit den Versprechungen der Neuzeit durchaus unvereinbar ist. Aber unsere Freunde mögen doch bedenken, wie schwierig, ja unmöglich die vollständige Einführung eines neuen Steuersystems in der Verwirrung staatlicher Uebergangsperioden und unter dem Mißtrauen innerer Kämpfe ist, daß aber gerade in solchen

unruhigen Zeiten die vom Volke eingesetzte Regierung zur Befriedigung der laufenden sowohl, als der neu entstandenen Bedürfnisse an den werththätigen Patriotismus sämmtlicher Bürger appelliren muß. Wir sind überzeugt, daß es nur dieser Mahnung bedarf, um jeder Renitenz in Steuerfachen gründlich vorzubeugen. Badens Bürger, die geschworen haben, Gut und Blut an die Freiheit zu setzen, werden nicht um elende Zinspfennige mit dem Vaterlande feilschen. Die Freiheit lohnt für jedes Opfer!

„Und sehet Ihr nicht das Leben ein,  
Nie wird Euch das Leben gewonnen seyn!“

Karlsruhe, 25. Mai. Es sind uns von älteren Postbeamten Reklamationen zugegangen, daß im Badischen niemals ein sogenanntes „schwarzes Kabinett“ existirt habe. Wir haben Das auch nicht behauptet. Wir sagten nur, daß jede Monarchie solcher Mittel zu ihrer Existenz bedürfe. Baden wurde stets, als Unter-Monarchie, von Wien oder Berlin aus erhalten und dirigirt, wie diese deutschen Großmächte jetzt von St. Petersburg aus, und die wirklichen Monarchien, wie Preußen, Oesterreich u. s. w., haben — trotz alles Längnens — stets solche Einrichtungen gehabt. Daß übrigens auch in Baden Briefe eröffnet wurden, können unsere Flüchtlinge und Staatsverbrecher bezeugen.

Karlsruhe, 25. Mai. Die landesflüchtigen ehemaligen Minister Beck und Komp. erlassen Proklamationen. Aber unter welchem Titel? — Können das noch konstitutionelle Minister seyn, welche sich der verantwortlichen Leitung der Geschäfte in feiger Flucht entzogen haben? Da nun keine neuen Minister ernannt worden sind und auch vorläufig auf konstitutionellem Wege nicht ernannt werden können, so hat sich damit die ganze bisherige Regierung selber aufgelöst, und der Konstitutionalismus ist in seine eigene Falle gegangen. Denn ohne verantwortliche Minister, die regieren, kann auch der Fürst nicht herrschen. Die bisherige Regierung ist also thatsächlich und positivrechtlich suspendirt, und ihre Proklamationen sind reiner Landesverrath.

Karlsruhe, 25. Mai. Heute standen die renitenten Offiziere des Dragoner-Regiments vor dem Landesausschusse im Verhör. Wenn man dem Wunsche der Soldaten nachgegeben hätte, welche den Geist der neuen Ordnung rasch befestigt sehen möchten, so hätte man sie einem Kriegsgerichte übergeben müssen. Einstweilen sind sie nach Rastatt abgeführt worden, und die Soldaten (circa 450 Mann) haben freudig neue Führer aus ihrer Mitte gewählt.

Vom badischen Oberlande, 24. Mai. Gestern verbreiteten die volkreverrätherischen Flüchtlinge vom Schweizerboden aus einen Aufruf der landesflüchtigen Regierung, welcher den Zweck hat, das Volk gegen die provisorische Regierung aufzureizen. Auf dem Markt in Basel wurden tausende von Exemplaren an die anwesenden Badener verbreitet. Die unschuldigen Gassenbuben, welche diese Flugschrift austreten, wurden arretirt, aber die Verfasser derselben läßt man ungehindert passieren. Vor einigen Monaten wies die Schweizerregierung die deutschen republikanischen Flüchtlinge aus wegen Verbreitung von Flugschriften gegen die badische Regierung. Diese Rebellen aber, welche alle Mittel anwenden, um den Bürgerkrieg an der Schweizergränze zu entzünden, weist die republikanische Schweiz nur 6 Stunden von der Gränze. Wir fürchten diese Aufwühler allerdings nicht, ihre Waffen sind stumpf und abgenutzt; aber wir fordern Gerechtigkeit von der Schweiz. Es möge mit gleichem Maaß den aristokratischen Flüchtlingen, wie einst den republikanischen gemessen werden. Der konservative Schweizer Bundesrath soll jetzt durch die That beweisen, daß er wirklich neutral seyn will, und nicht bloß neutral zu Gunsten der aristokratischen Parthei.

Heidelberg, 24. Mai. Der Mann, welcher „seinen Leib zwischen die Bajonette werfen wollte“, hat sich mit seinem Anhang, namentlich Gervinus und Mathy, auf das Auerbacher Schloß an der Bergstraße zurückgezogen. Bereits sind einige Vaterländer von hier, darunter Professoren, zu dieser muthigen Schaar gestoßen, wie man sagt, um Gagern, der den kleinen Bredow jetzt durchstudirt, höheren Unterricht in der Geschichte zu ertheilen. Wir glauben aber, daß man von da aus die Fäden gegen Baden spinnen will und die reaktionären Emissäre erhalten gewiß von da aus ihre Instruktionen. Wenn uns unsere Sympentniss nicht trügt, so stammt aus dieser trüben Quelle ein Artikel in der Deutschen Zeitung, in welchem die badische Bewegung höchst ungenau dargestellt und offen zu einer Besetzung Mannheims, Freiburgs, Karlsruhs, und Rastatts durch fremdes Militär aufgefordert wird. — Was wird der Landesausschuss mit den renitenten Hofgerichtsräthen in Mannheim anfangen? Wird er es dulden, daß sich diese Herren hinter eine juristische Sophistik flüchten?

Mannheim, 23. Mai. (Fr. J.) Seit gestern sind mehr als 3000 Mann vom ersten Aufgebot hier eingezogen; ebenso liegt Heidelberg, Langenbrücken, Karlsruhe, Bruchsal, überhaupt alle Städte des ganzen badischen Landes, voll mit jun-

gen Männern des ersten Aufgebots. Ist das Anarchie? Die Landleute bringen ihre Söhne auf Kistenwagen zur Stadt und eben ziehen wieder 20 Wagen voll junger Männer hier ein, jubelnd und Pieder für die deutsche Einheit und Freiheit singend.

**Wannheim, 24. Mai.** Merkwürdigere Revolutionäre hat es wohl noch nie gegeben, als viele der gegenwärtig in Süddeutschland an der Spitze stehenden. Es scheint uns wirklich, als ob ein Theil der Männer, welche bei der Erhebung gegen die Fürsten als Führer galten, von ihren eigenen Thaten gar keinen Begriff hätten. So lesen wir ein Schreiben der provisorischen Regierung von Rheinbayern, welche „nicht verfehlt“, „ihre Einsetzung“, „Seiner königl. Hoheit“ dem Reichsverweser anzuzeigen und dabei von Niederhaltung der „Anarchie“ spricht. Die Antwort des Reichsministers dagegen erklärt die Konstituierung einer provisorischen Regierung rundweg für ein „verbrecherisches Unternehmen.“ Haben denn die Mitglieder der rheinbayrischen Regierung wirklich geglaubt, die Antwort könne anders ausfallen? Wo zu die Schnörkel? Der Biedermann Johann mit dem einfachen Paletot ist — daran zweifelt wohl nach den neuesten Ereignissen Niemand mehr — ein Mitglied der großen Verschwörung, welche Europa kontrerevolutioniren will. Warum schickt man an ihn diplomatische Schreiben, auf welche der Fußtritt so sicher folgen muß, wie das B auf das A? Will man denn durchaus das Volk mit aberwitzigen Hoffnungen auf die verrätherische Reichsgewalt hinhalten? So nenne man doch endlich die Verräther Verräther! und so handle man endlich auch gegen den Feind wie gegen einen Feind! Die Reactionäre heben ihr Haupt hoch in die Höhe; denn sie sind für ihre unzähligen Verbrechen — straflos gelassen worden. Unsere Köpfe wird die siegreiche Reaktion nicht straflos lassen. Also weg mit den Schnörkeln! Heraus mit der Farbe!

**Wimpfen, 20. Mai.** In der heute hier abgehaltenen Volksversammlung, die von ungefähr 4—5000 Männern aus Württemberg, Hessen und Baden besucht war, wurden folgende Beschlüsse mit Einmütigkeit gefaßt: 1) die süddeutschen Regierungen zur Anerkennung der bestehenden provisorischen Regierung in Baden aufzufordern; 2) zu verlangen, daß sämtliche süddeutsche Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, alle ihre Streitkräfte zum Schutz und zur Durchführung derselben vereinigen; 3) sowohl bei den Regierungen als den Gemeindebehörden auf alsbaldige allgemeine Volksbewaffnung zur Abwehr äußerer Gewalt zu dringen; 4) in den einzelnen Staaten die alsbaldige Einberufung konstituierender Versammlungen zur vollständigen und schleunigen Durchführung der Grundrechte des deutschen Volkes zu verlangen.

**Amorbach, 23. Mai.** (Fr. D. V. A. 3.) Heute wird eine große Volksversammlung in dem benachbarten Erbach gehalten. Hierbei, nach Michelstadt und nach allen Dingen im Odenwalde sind Einladungen dazu ergangen und es ist auch der Zweck nicht verheimlicht, der darin bestehen soll, fest an der Reichsverfassung zu halten, sich enge an Baden anzuschließen und Truppendurchzügen, welche zum Angriff gegen dieses Land bestimmt sind, den Weg zu verlegen.

**Speyer, 22. Mai.** (Fr. 3.) Einer der hier eingetroffenen Vorsteher der oberelsässler Gesellschaft „aide-toi“ hatte während der letzten Nacht Konferenzen mit der provisorischen Regierung. Wie man vernimmt, will die Bergpartei in Frankreich, besonders in den beiden radikalen Departements des Ober- und Niederrheins, dem allfälligen Einmarsch der Preußen mit aller Macht entgegenzutreten, und sollen die hierauf bezüglichen Maßregeln heute verabredet worden seyn.

**Speyer, 23. Mai.** (Sp. 3.) Auch Altbayern hört nicht auf, seine Theilnahme an unserer Bewegung zu bekräftigen. So trafen gestern Mittag wieder 34 wohlbewaffnete Studenten aus München hier ein, um sich der provisorischen Regierung zur Verfügung zu stellen.

**Speyer, 23. Mai.** Gestern Abend fand in der hiesigen Fruchthalle eine Volksversammlung statt, in welcher die Bürger Grün aus Leipzig, Schmidt aus Löwenberg, Schütz aus Mainz und Keimann aus Sachsen Vorträge hielten. Die Tendenz sämtlicher Reden war die Aufmunterung zu beharrlichem Festhalten an den Grundprinzipien der jetzigen Bewegung, und der jubelnde Beifall, der den Rednern zu Theil wurde, bewies unwiderleglich die Uebereinstimmung des Publikums mit der Anschauungsweise, die von der Tribüne herab geltend gemacht wurde. Auch die Stadt Speyer, sagt Schmidt aus Löwenberg, müsse ein sichtbares Zeichen geben, daß die Gerüchte über ihren reaktionären Charakter auf Unkenntnis oder Entstellung beruhten; die Volksversammlung solle deshalb beschließen, daß auf dem Dome zu Speyer die schwarz-roth-goldene Fahne aufgepflanzt werde. Die Versammlung beschloß darauf, diesem Antrage Folge zu geben, und beraumte die Ausführung auf diesen Morgen 9 Uhr an.

Diesen Morgen hat denn auch wirklich der Akt stattgefunden, und zwar in der feierlichsten Weise. Die ganze Besatzung der Stadt war mit ihren Musikchören aufgestellt, massenhaft drängte sich das Volk hinzu, von den Thürmen läuteten alle Glocken, und gleich, als wollte man seine Zustimmung zum zweiten Male aussprechen, ließ man aus den meisten Privathäusern zum voraus schon die deutsche Fahne wehen. Die Reden, welche Rif. Schmitt aus Kaiserslautern, Schmidt aus Löwenberg und Grün aus Leipzig — theils vom Balkon des Rathhauses, theils vor dem Dome hielten, rührten Manche bis zu Thränen, und begeistert stimmte Alles in das schließlich von Grün ausgebrachte Hoch auf die provisorische Regierung ein. Die provisorische Regierung macht heute durch Maueranschlag bekannt, daß sie zur einheitlichen Leitung der Geschäfte es für nöthig halte, an demselben Orte mit der Militärkommission sich anzuhalten, und daß sie als den strategisch günstigsten Punkt Kaiserslautern zum gemeinschaftlichen Sitz erwählt habe. Sie geht noch heute dahin ab.

Fenner von Jenneberg ist vorläufig seiner Haft entlassen. Das gestern durch etwa 30 Münchener Hochschüler verstärkte Studentenkorps hat schon eine Probe seiner Wachsamkeit gegeben; es hat nämlich 100 nach Landau bestimmte Hämmer aufgefangen. Dieser Umstand ist um so wichtiger, da eine gestern aufgefangene, von Landau nach Germersheim bestimmte Depesche darthut, daß man in Landau schon jetzt an Geld und Lebensmitteln Mangel leidet.

**Birkenfeld, 22. Mai.** Heute Morgen 11 Uhr passirte Ihr „Landesherr“ mit Gefolge in zwei Wagen hier durch, von Saarbrücken nach Dörflein, von da wahrscheinlich nach Kreuznach, Mainz und Frankfurt a. M. Ein Courier war ihm voran geriebt.

**München, 23. Mai.** Gestern Vormittags haben die Minister aus den letzten Nummern des servilen Hofjournal, genannt „Neue Münchener Zeitung“, nachstehende Erklärung zusammen gestoppelt und noch Abends nach 7 Uhr an allen Straßenecken ankleben lassen:

#### Bekanntmachung.

Die politische Bewegung in der Pfalz ist nunmehr in eine über den ganzen Kreis ausgebreitete Empörung übergegangen.

Der in Kaiserslautern gebildete Landesverteidigungsausschuß, schon in seiner Entstehung gesegwidrig, hat von den Beamten Eid und Gehorsam gefordert, eine bewaffnete Nacht gebildet, und Wahlen zu einer Vertretung der Pfalz ausgeführt. Die Wahlen sind vollzogen worden, die am 17. d. M. versammelten Abgeordneten der Kantone haben eine provisorische Regierung eingesetzt und hiedurch das letzte Band der gesegneten Ordnung vernichtet.

Die rechtlich gesinnten Einwohner der Pfalz empfinden bereits die verderblichen Folgen dieses Zustandes.

Ueberflüthet von sogenannten Freischaaren, welche von allen Seiten herbeiströmen, um die Aufhebung des Landesfriedens für ihre Zwecke auszunutzen, entbehrt die Pfalz den Rechtsschutz für Personen und Eigenthum und ihre Lage wird von Tag zu Tag unglücklicher, weil sich bereits jene Klasse fremder Abenteurer eingefunden hat, welche bei jeder politischen Bewegung in irgend einem europäischen Staate die Fahne des Aufbruchs voranzutragen gewohnt ist.

Angesichts dieser Thatsachen erklärt die Staatsregierung:

- 1) Die Rheinpfalz wird als eine im Zustande des Aufbruchs befindlich Provinz betrachtet;
- 2) die Errichtung der provisorischen Regierung ist ein Akt des Hochverraths;
- 3) alle Verfügungen der sogenannten provisorischen Regierung, sowie alle Beschlüsse der Kantonalvertretung sind nichtig; alle Steuerentrichtungen an die provisorische Regierung oder deren Organe sind ungültig;
- 4) die Gemeinden der Pfalz werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach dem Gesetze für allen durch den Aufbruch verursachten Schaden ersatzpflichtig sind.

Indem die Staatsregierung dieses zur öffentlichen Kenntniß bringt, vertraut sie zu den Einwohnern der Landestheile diesseits des Rheines, daß sie im Hinblick auf die Lage der Pfalz jenen verbrecherischen Einflüsterungen, welche unter dem vorgespiegelten Scheine einer Begeisterung für die Reichsverfassung ähnliches Verberben auch über die andern Provinzen des Königreichs bringen möchten, kein Gehör geben, sondern an dem Gesetze unerschütterlich festhalten werden.

In der Pfalz hat das Verbrechen für den Augenblick gesiegt; allein das Gesetz wird über das Verbrechen siegen und die rechtliche Ordnung wieder hergestellt werden. München, den 22. Mai 1849.

Königl. Gesamt-Staatsministerium.  
v. Lesaire. v. Kleinschrod. Dr. Aschenbrenner. v. Forster.  
Dr. Ringelmann. v. d. Fördten.

Der Generalsekretär:  
Ministerialrath v. Benning.

Einige Studenten machten sich einen Spaß, und behängten diese Anschläge mit Kränzen von weiß-blauem Papier, was besonders gefiel und große Heiterkeit hervorbrachte.

Es wird erzählt, die aus der Pfalz und aus Baden kommenden Briefe tragen die deutlichsten Spuren der Eröffnung, und viele gelangen erst einige Tage später oder oft gar nicht in die Hände der Adressaten. Man spricht, es besteht eine eigene, geheime Brieföffnungscommission, welche täglich über das Resultat ihres schändlichen Geschäfts direkt an den König rapportiren soll. Ich bitte, auf das Siegel meiner Briefe zu achten.

**Frankfurt, 20. Mai.** In Jirkeln, die unter ihren Mitgliedern Eingeweihte in die Kamarillenpolitik der deutschen Höfe zählen, hörte man gestern das Gerücht zirkuliren, daß man in gewissen allerhöchsten Kreisen die Absicht hegen soll, Menschenhandel zu begeben, Sklavenhandel zu treiben, und die Hoheitsrechte der von Bayern isolirt liegenden bayrischen Pfalz an Preußen zu verkaufen; auch sollen dem auf dem Gebiete der Republik Frankreich als politischen Flüchtling weilenden Landesvater von Baden Kaufsanerbietungen auf dieses Großherzogthum gemacht werden, und wenn dann dieser Staatsstreich gelungen, und die preussische Macht bis zur Schweizergränze ausgedehnt wäre, dann will man Neuenburg wieder erobern, und zwar nöthigenfalls sollen die Preußen die Schweiz von Norden und die Oesterreicher von Süden angreifen. Nimmt man die bekannte bayrische große Geldverlegenheit, die Unzuverlässigkeit der bayrischen Truppen, die verzweifelte Lage des Großherzogs von Baden, und die Unversöhnlichkeit des Berliner Kabinetts an, so gehört der Inhalt dieser Gerüchte sicherlich nicht in das Reich der Unmöglichkeiten.

**Frankfurt, 24. Mai.** (D. V. A. 3.) Nachrichten von Berlin besagen, daß sich eine Heereskölle von 50 Bataillonen Infanterie und verhältnismäßiger Stärke der andern Waffengattungen in der Richtung gegen Frankfurt bewegt.

**Frankfurt, 24. Mai.** (Fr. 3.) Der Volksverein des hiesigen Montagsfränkens, der Bürgerwehverein, der de-

mokratische und der deutsche Verein, die Frankfurter Turner und der Sachsenhäuser Bürgerverein haben an unsern Senat bereits unterm 2. d. gemeinsam eine Eingabe eingereicht, in welcher derselbe ersucht wird, bei den drohenden Gefahren für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes und den Anfechtungen, welche die Verfassung des Reichs erleide, zum Schutz der Nationalversammlung und der Reichsverfassung, und zur Verstärkung der vorhandenen bewaffneten Macht, alle waffenfähigen Mannschaften von Stadt und Land zum Dienste aufzubieten, zu organisiren und der Bürgerwehr zuzutheilen.

**Frankfurt, 24. Mai.** (Fr. 3.) Wie es heißt, sollen die württembergischen Truppen, auf Vermittlung des Reichskommissärs Zell, der auch Stuttgart besuchte, von der böhmischen Gränze wieder zurückgezogen werden. Die Reichskommissäre haben, so versichert man, den Maßregeln des badischen Landesauschusses ihre Billigung nicht versagen können und demselben den Rath ertheilt, daß es zur schnelleren Führung der Geschäfte rathsam sey, die Anzahl der Mitglieder des Landesauschusses auf 5—6 Männer zu vermindern. Wasser mann ist wieder vor einigen Tagen hier angekommen; ebenso v. Valky, der als Courier nach Berlin gesandt worden war. — Auch Naveaux und Schoder sind zurückgekehrt. Dagegen sind wiederum zwei preussische Mitglieder der Linken von hier nach ihrer Heimath geeilt. Dennoch hofft man, in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung die beschlußfähige Zahl von 150 Mitgliedern vereinigt wirken zu sehen. Wenn der Antrag, die Zahl von 150 auf 100 als beschlußfähig herabzusetzen, angenommen wird, so werden die noch zurückgebliebenen Mitglieder der alten Majorität zusammen austreten. Sie werden übrigens dieselbe pflichtvergeffene Taktik, sich der Abstimmung zu enthalten, aufs neue wiederholen, und jeden Beschluß, den sie nicht wünschen, dadurch unmöglich machen!

**Frankfurt, 24. Mai.** (V. D. A. 3.) (Sitzung der Nationalversammlung.) Das Reichsministerium des Innern erklärt in einer Zuschrift vom 23. d. M., daß ein von einer provisorischen Regierung der Pfalz an den Erzherzog Reichsverweser gerichtetes Schreiben, worin dieselbe ihre Konstituierung anzeigt, von Seiten der Regierung der Zentralgewalt keine Berücksichtigung finden könne.

Abg. Schulz aus Weiburg fragt das Reichsministerium, ob es wahr sey, daß die preussische Regierung darauf angetragen habe, die Nationalversammlung mit Gewalt zu sprengen, den Erzherzog Reichsverweser zu veranlassen, sein Amt niederzulegen und es dem Könige von Preußen zu übertragen; daß die preussische Regierung mit Dänemark in Friedensunterhandlungen getreten ist, und daß ein Sonderbund zwischen Preußen, Sachsen und Hannover bestehe. — Der Vorliegende meldet, daß der Herr Ministerpräsident diese Interpellation in der ersten Sitzung nach dem Feste beantwortet werde. (Heiterkeit. Ruf: post festum! links.)

Der Vorliegende verfährt den Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Berathung des vom Abg. Eisenstuck eingebrachten dringlichen Antrags: die Abberufung der sächsischen Abgeordneten betreffend. Der Antrag des Abg. Eisenstuck, welcher dahin geht, die Nationalversammlung erklärt: daß die sächsischen Abgeordneten weder das Recht noch die Pflicht haben, dem Abberufungsdekrete der sächsischen Regierung Folge zu leisten, wird einstimmig als dringlich anerkannt und ohne Diskussion angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des vom Abg. Umbshaiden eingebrachten dringlichen Antrags, eine Ansprache an das deutsche Volk betreffend. Der Antrag des Abg. Umbshaiden, der dahin geht, einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, worin demselben die jetzige Lage geschildert werde, und den Dreißigerauschuß mit dem Entwurfe des Aufrufs zu beauftragen, wird gleichfalls ohne Diskussion angenommen.

Dem dritten Gegenstande der Tagesordnung, dem dringlichen Antrage des Abg. Raumer, daß die Nationalversammlung unter den Schutz der Stadt Frankfurt zu stellen, wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Der Antrag geht an den Auschuß.

Abg. Wirth aus Sigmaringen stellt den dringlichen Antrag, die Nationalversammlung beschließe, die von dem Ministerium getroffenen Maßregeln und Verfügungen sind null und nichtig, seine Kontratsignatur ist unwirksam. Der Antrag wird nicht als dringlich anerkannt und geht an den Auschuß.

Abg. Simon von Trier trägt darauf an, daß über den Antrag des Abg. Goltz heute noch einmal abgestimmt werde. Der Vorliegende leistet diesem Antrage aus eigener Befugniß Folge. Der Antrag des Abg. Goltz, welcher bekanntlich dahin geht, die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von 150 auf 100 herabzusetzen, wird hierauf zur namentlichen Abstimmung gebracht. Das Ergebnis der Abstimmung ist, daß 115 für und 35 gegen stimmen. Der Antrag ist somit angenommen. (Großer Beifall links und auf den Galerien.)

Es zeigen wieder mehrere Abgeordnete ihren Austritt an, darunter v. Binde, Wurm, Fallat, Raumer, Esmarck u. A.

**Frankfurt, 24. Mai.** (D. V. A. 3.) Der beständige Kurierwechsel mit Berlin, verbunden mit der kritischen Lage der deutschen Angelegenheiten, gibt zu den widersprechendsten Nachrichten Anlaß.

Gestern unterhielt man sich davon, daß der Reichsverweser, nachdem er die Uebergabe seiner Befugnisse an Preußen abgelehnt, von dieser Seite aufgefordert worden sey, dieselben in die Hände der Bevollmächtigten der Regierungen zu legen. Damit wäre ein neuer Bundestag konstituir.

**Frankfurt, 24. Mai.** (D. V. A. 3.) Das in der f. Proklamation angekündigte Einverständnis Preußens mit den andern deutschen Königreichen über die Behandlung der deutschen Angelegenheiten scheint nicht zu bestehen, indem die dort ebenfalls

vorhergesagte Maßregel der Abberufung der Abgeordneten zur verfassunggebenden Reichsversammlung bisher nur von Sachsen ergriffen ist, dagegen, wie zuverlässige Nachrichten aus Hannover und Bayern außer Zweifel setzen, von dort aus nicht einmal beabsichtigt wird.

**Frankfurt, 24. Mai.** Wenn Du den Frieden willst, so rüfte Dich auf den Krieg! Das ist eine alte Wahrheit, die aber von unsern heutigen Demokraten allzuwenig beachtet wird. Wir wissen aus besserer Quelle, daß Hr. v. Radowicz im Potsdamer Kabinett den Vorschlag gemacht hat, die Rheinbayrischen und badiischen Aufstände vorerst nicht durch Truppengewalt zu erdrücken, sondern einstweilen einmal ruhig sich abspielen zu lassen. Hr. v. Radowicz hat bekanntlich in Staatsangelegenheiten keinen übeln Verstand; es muß also hinter seinem Vorschlag eine Feinheit stecken. Und das glauben wir denn, daß der genannte Diplomat gegenüber dem andern im Potsdamer Kabinett geäußerten Ansicht (hinein durch Preußen, und Baden durch Altbayern zu erdrücken) allerdings das geschicktere Theil erwählte. Durch die Nichtintervention sollen nämlich die provisorischen Regierungen der insurgirten Länder ganz thätlos gemacht werden: man will sie vorerst in Ruhe lassen, damit sie sich sicher fühlen und von energischen Maßregeln sich nicht scheuen. Dadurch wird dann die reaktionäre Bourgeoisie wieder ermutigt, das revolutionäre Volk abzuküßeln, und der Bewegung entfremdet; und dann wäre der Zeitpunkt da, um mit wohlorganisirten Truppenmassen in einem Schlage die rebellischen Länder zu erdrücken. Man sollte wirklich meinen, Hr. v. Radowicz habe in gewissen Comités Badens und der Rheinpfalz persönlich zugehört, und seinen Plan gemäß dem Sanguinismus und der Ruhefreundlichkeit einiger „Revolutionäre“ eingerichtet. Nicht umsonst heißt es über ihn:

„Von ihm auch sagen die Soldaten:  
Er ist ein großer Diplomat!  
Und sagen drauf die Diplomaten:  
Er ist ein trefflicher Soldat!“

Wir haben in der That den frevelhaften Wunsch, wir möchten schnell angegriffen werden, damit endlich an die Stelle halber Maßregeln die Kraft treten dürfe. Eine Revolution, die nicht vorwärts schreitet und nicht angreift, ist verloren. Eine halbe Revolution ist eine doppelte, denn sie muß wiederholt werden. — Möchten Das doch die neuen Regenten bedenken, und überall die Masseninsurrektion und den Propagandakrieg tüchtig organisiren; nicht bloß mit Regierungsblättern, sondern mit Thaten nach Art des Kosfuth.

**Ganon, 23. Mai. (Fr. 3.)** Heute ziehen aus unserer Stadt über hundert in den Waffen wohl geübte Männer ins Badische, um für die dortige Bewegung mit ihrem Leben einzustehen. Aus andern Theilen Kurheffens vernimmt man, daß sich ebenfalls Zugzüge nach Baden bilden.

**Hannover, 19. Mai.** In Stade ist einem Obersten, der seine Soldaten gegen das Volk, gegen die „Advokaten und dergle Leute, die ihnen von Freiheit vorschwojen“, aufregte, das Haus demolirt worden. Die Soldaten, denen er ihre preußischen und sächsischen Kameraden als Muster aufstellte, zogen zur Antwort auf den Erzerzlerplatz der Bürgerwehr und brachten dieser ein Hoch aus, worauf der Oberst derselben, Dr. Wynede, sie zum Zusammenhalten mit ihren Brüdern im Wolfe mahnte.

**Aus Mecklenburg, 21. Mai. (D. R.)** Während Preußen seine Abgeordneten von Frankfurt abrufen, schicken wir sie hin: für den ausgetretenen Dr. Drechsler ist eine Ersatzwahl ausgeschrieben.

**Berlin, 22. Mai. (Spen. 3.)** Unser Kriminalgericht soll ernstlich daran denken, bei allen Anklagen vor den Geschwornen wegen „Majestätsbeleidigung“ und „Hochverrath“ die Deffentlichkeit auszuschließen.

**Aus der Provinz Preußen, 19. Mai. (Fr. 3.)** Glauben Sie nicht aus der äußeren Ruhe, in welcher wir zur Zeit noch verharren, einen Schluß auf die innere Stimmung unserer Provinz machen zu können. Zunächst erwarten wir mit großer Spannung das Resultat des Städtetages, der heute zu Königsberg statt hat und den die Regierung nur auf ausdrücklichen Befehl des Ministeriums zu hintertreiben versucht hatte. Selbst die kleinsten unserer Städte beistimmen sich an ihm und eine jede wird einmütig sich dahin erklären: „wir wollen Deutsche seyn und keine Preußen.“ Jenes Ministerialverbot aber dient uns zum neuen Beweise, welche böses Gewissen unsere Herren Minister haben müssen und wie sehr sie den Gesamtanspruch unserer städtischen Vertreter fürchten. Und wie kann Dies auch anders seyn, da sie eigenmächtig und willkürlich wie türkische Pascha's regieren und durch ihr erlassenes Gesetz „über den Belagerungszustand“ hat die Herrschaft der Waffengewalt die höchste Spitze erreicht; statt der Besetze soll die rohe Gewalt der Säbel und Kanonen gelten. Und das nennt die Regierung nicht bloß „konstitutionell“, sondern auch „weise, milde und landesväterlich“ regieren.

Auch die Art der Kriegsführung in Jütland erregt hier die größte Mißstimmung. Trotz unserer großen Uebermacht sind wir in sechs Wochen kaum sechs Meilen weit in Feindes Land gedungen. Nächstens wird man wohl von unsern Soldaten auch das alte Spottlied singen: „Immer langsam voran, immer langsam voran, daß die preussische Reichsarmee nachrücken kann.“ Nur wo es gilt, die Freiheit der Völker zu unterdrücken, da werden unsere Soldaten mit Blitzgeschwindigkeit vorwärts geschickt.

**Münster, 20. Mai. (R. 3.)** Das bereits gestern hieher gelangte Gerücht, es seyen neuerdings in Hferlohn acht Personen standrechtlich erschossen worden, scheint sich, den heutigen Nachrichten zufolge, zu bestätigen; es heißt, es solle sich unter dieser Zahl der Präsident des dortigen demokratischen Klubs, Justizkommissar Schuchart, befinden.

**Magdeburg, 18. Mai. (Nach. 3.)** So eben, halb 8 Uhr Abends, werden von hier aus zwei Kompagnien Musketiere, eine Kompagnie Jäger und zwei Kanonen nach Burg geschickt, um dort das Bataillon Landwehr (Magdeburger), das sich renitent zeigte gegen seine nächtliche Fortschaffung an den Rhein, „zur Ordnung zu bringen.“ Jene Landwehr ist dieselbe, deren Versammlungen hier von Polizei wegen verboten wurden.

**Aus Schlesien, 19. Mai. (Mannh. Abend.)** Wir beilehen uns, nachfolgende aus authentischer Quelle geschöpfte Mittheilung über die russische Interventionsarmee, wie sie uns vorliegt, zu veröffentlichen.

Neben Myslowitz, Ratibor gehen bloß 12,000 Mann Infanterie, die übrige russische Armee, welche für Ungarn bestimmt ist, zerfällt in folgende acht Kolonnen:

1. Kolonne: 17,000 M. Inf. u. Kavall. d. 7. Mai über	900 „ Artillerie, Krakan nach	Oberbefehls-
1,100 „ Pioniere u. Jordanow.	General Sas, Korpskommandeur.	haber
2. „ 20,000 „ Inf. u. Kavall. d. 11. Mai über	Pilsno nach der ungar. Gränze.	General
3. „ 15,000 „ Infanterie, d. 13. Mai über	Rzeszow.	Nädiger.
4. „ 26,000 „ Infanterie, d. 15. Mai über	Lemberg.	
5. „ 6,500 „ Kavallerie u. desgleichen.		General
6. „ 7,000 „ Infanterie, sollen am 23.		Rintischeff.
1,000 „ Kavallerie u. Mai in Lemberg	einrücken und bleiben dort in Gar-	
900 „ Infanterie u. Kavallerie aus der	Wolbau und Wallachet über die	
7. „ 29,000 „ Infanterie u. Kavallerie aus der	Butowina nach Siebenbürgen.	General
8. „ 40,000 „ Inf. Kavall. u. desgl. unter General Ser I.		Übers.
176,200 Mann.		

Die russische Armee läßt sich nicht einquartiren, sondern bivouacirt bloß; sie hat eine Million Kugeln und Bomben mit. Die Munition schaffen die zurückgelassenen Mannschaften in die einzelnen galizischen Städte, das Gespann führt die Armee durchgehends aus Rußland mit.

150,000 Korbes Getreide und 120,000 Silberrubel als vorläufige Lohnung befinden sich bei jedem Korps. Von Lemberg aus marschiren 8 österreichische Batterien mit. Die russische Kavallerie soll gut sein, die Infanterie nicht.

**Breslau, 21. Mai.** Der Kaiser von Oesterreich ist auf der obereschlesischen Eisenbahn in der verfloßenen Nacht von Olmütz nach Warschau gereist.

**Wien, 20. Mai. (Fr. 3.)** Man versichert, daß nebst Pansowa, Carlowitz, Temeswar, und Arad nun auch Semlin in die Hände der Ungarn gefallen sey. Auch spricht man von einem Treffen bei Naab, in welchem die österreichischen Truppen zum Rückzuge gezwungen wurden.

**Wien, 20. Mai.** Was vom ungarischen Kriegsschauplatz berichtet wird, klingt durchweg günstig: die Magyaren, die das ganze Banat (von Temeswar weiß man gar nichts, jede Kommunikation ist abgeschnitten) im Besitze haben, Pansowa besetzten und Weiskirchen bedrohen, treffen auch alle Anstalten, Syrmien zu erobern; gelingt ihnen Dies, wie nicht zu zweifeln, dann ist auch Kroatien bedroht und das Küstenland, sage das Küstenland! — In zwei Jahren hat ganz Europa eine andere Gestalt.

**Wien, 20. Mai. (Fr. 3.)** Großen Eindruck hat die in französischen Blättern enthaltene Nachricht gemacht, daß der ungarische Gesandte, Graf Teleky, eine zweistündige Konferenz mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu Paris gehabt habe. — Ein allgemeiner Angriff hatte vorgestern auf der ganzen Linie der österreichischen Truppen stattfinden sollen, wurde aber plötzlich widerrufen; hierbei soll der Widerstand des Korps des Feldmarschall-Lieutenants Zeisberg zu spät oder gar nicht gekommen seyn, und die Gefangenschaft dieses Generals mit dem größten Theil seiner Truppen herbeigeführt haben.

### Hungarn.

(E. 3.) In Pesth ist an den Straßenecken ein Plakat angeheftet, in dem es u. A. heißt: „Dem tapfern Generallieutenant Bem ist es, wie Ihr schon wißt, jetzt bereits zwei Mal gelungen, den fähigen Fremdling, als er von Galizien in unser Land einrückte, zurückzuweisen. Bei Krivan streckten am 7. Mai über 6000 Russen das Gewehr, am 9. und 10. Mai bei Arsa über 3000 Mann; ihre Offiziere streiten jetzt in unseren Reihen, ihre Waffen, Geschütze, und Munition, Pferde waren unsere Beute u. Debreczin, den 12. Mai 1849. Der Präsident Kosfuth. Bathiany. Wladislaw. Kaminski.“

### Oesterreichische Monarchie.

**Krakau, 17. Mai. (R. V. a. B.)** Seit drei Tagen bekamen wir keinen neuen Zuwachs an russischen Truppen, auch ist der Korpsgeneral Nädiger noch nicht eingetroffen. Zwischen russischen und österreichischen Offizieren kam es schon zu Kaffeehausauftritten. — Das Rekrutenpressen beginnt wieder, 50 Personen wurden auf dem Rekratz genommen. Alle Augenblicke werden Leute arretirt, aber wieder freigelassen. Hausdurchsuchungen und Revisionen der Buchhandlungen finden statt.

### Frankreich.

**Paris, 21. Mai. (Fr. 3.)** Mehrere Regimenter werden sofort Paris verlassen, um die Rheinarmee zu verstärken, die auf 200,000 Mann mit 300 Kanonen gebracht werden soll.

### Großbritannien.

\* London, 23. Mai. Gestern wurde hier ein Attentat auf das Leben der Königin Viktoria begangen. Ein irländischer Arbeiter feuerte, als sie eben von einer Spazierfahrt

zurückkehrte, ein Pistol auf sie ab, ohne sie jedoch zu verletzen.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 20. Mai.** Nach Privatbriefen meldet Faerlandet das Einrücken einer starken Division Reichstruppen ins weßliche Jütland über Ripen nach Barde.

### Die guten Bürger von Leipzig, oder der 6. Mai.

Die Auflösung der Kammern und das Standrechtsministerium hatte Alles in Aufruhr gebracht. Magistrat und Stadtverordnete schickten Deputationen, die Demokraten hielten Volksversammlungen, alle verlangten von dem „guten König“ ein gutes Ministerium und die Reichsverfassung. Der „gute König“ erklärte, er ginge und schiffe mit Preußen. Die gute Stadt Leipzig schrieb: „das glaube sie nicht, und es wären keine Preußen angemeldet.“ Selbst die guten Demokraten sagten: „die Preußen wären eine bloße Theorie, und es wäre unpraktisch, an sie zu glauben.“ Dieser Dusek der guten Meßstadt Leipzig wurde unfaßt unterbrochen durch die Kanonenschüsse gegen die Dresdener und durch die Spitzkugelschüsse des Garde-Alexanderregiments, die so lange umsonst nach dem Blute der Weiber, Kinder und Spaziergänger Berlins geschloß. Der „gute König“ wohnte der Jagd auf seine Unterthanen nicht persönlich bei, flüchtete vielmehr auf den Königstein, weil die Preußen nicht gleich da waren und von den Sachsen so fürchteten war, daß sie besetzt würden oder übergingen. Als der „gute König“ und die guten Minister Rabenhorst und Brust flohen, fragte es sich, ob das Land die provisorische Regierung anerkennen und unterstützen werde, oder vielmehr es fragte sich nicht, denn die provisorische Regierung versprach alles Das zu thun, was das ganze Land verlangte und nur der „gute König“ nicht zugeben wollte. So dachte aber der Leipziger Rath und die Stadtverordneten nicht. Sie sagten: 1) es gilt keine Preußen, 2) aber wir wollen doch erst sehen, ob die provisorische Regierung auch siegt und welche Grundsätze sie hat. Die Leipziger Demokratie dagegen verlangte 6000 Gewehre und Jazug von 6000 Mann, selbst die Kommunalgarde hätte das gewünscht und ohne Zweifel gern ihre 6000 Gewehre hergegeben; aber die Väter der Stadt blieben bei ihren Sägen und schickten 2 Feuer nach Dresden, um zu sehen, ob die provisorische Regierung „fest stünde“. Endlich gaben sie den Jazug und die Eisenbahn frei und versprachen für die 6000 Gewehre das Geld „zusammenzuschießen“. Beide Beschlüsse theilte der Kommunalgarde und Demokrat Passfeld vom Balkon des Rathhauses mit. Am Abend sollten die Gewehre ausgehüllt werden. Aber es kam kein Geld zusammen und es fanden sich keine Gewehre.

Hieraus entstanden die Barrikaden am 6. Mai, deren Geschichte hier folgt:

Ewiger Ruhm den 6000 Leipziger Bürgern, die am 6. Mai den König gerettet und das Vaterland verrathen haben durch ein unaufhörliches Ausreißen die Ritterstraße hinunter, über den Brühl auf den Markt! Der Feind war stark, er hatte 10 Binten, 20 Piken und eine Breiterbarrikade, desgleichen 2 Steinern. Warum ist die Schlacht jener stuchwürdigen Regennacht nicht schon in allen Journalen erzählt? Ach, es gäbe viel mehr Helben, wenn es mehr Homer gäbe! Kein einziger Literat war auf den Barrikaden und kein einziger Bürger hat es über sich vermocht, von seinen Thaten zu reden. Es ist so damit:

Der Rath und die Väter der Stadt bewilligten freie Eisenbahn nach Dresden, aber kein Geld und keine Waffen. Das Volk verlangte Waffen, um den bedrängten Dresdnern beizustehen. Die Bürger wurden absurd und meinten, ihre Buben und ihre Kassen wären in Gefahr, es war gerade Messe; sie zogen in großen Massen bewaffnet durch die Straßen, sperrten die Plätze und verdrängten die Menschen. Nun hatte man gehört, auf dem Schloß befänden sich Waffen. Das Volk eilte dorthin, um sie zu holen, die Bürgerwehr widersetzte sich. Die Masse wuchs, sie griff zu den Steinen, warf die Gardisten und trieb sie in den Hof. Nun schossen diese und als sie eine große Verstärkung erhalten hatten, trieben sie die Menschen aus den Straßen und tödteten 2, verwundeten Mehrere. Der Eine von den Gefallenen war der Theaterjoueur, den ein ritender Gardist mit der Pistole vom Pferde herab ins Gesicht schoß. Viele kleine Kugeln hatten dem Mann den Kopf zerrissen. Diese schreckliche Szene, zu der gar keine Veranlassung gegeben war, empörte das Volk. Mit dem Ruf: „Rache! Rache!“ wenigstens 20 von den Punden wollen wir für die zwei todt schießen!“ stürzten die Leute fort. In kurzem erhob sich eine Barrikade in der Grimmaischen Gasse zwischen dem Cafe français und der Ritterstraße. Sie war aus den Buben und Kisten der Porzellanhändler, die vor dem Cafe saßen, gemacht und mit einigen Steinen besetzt. Eine andere Barrikade aus Steinen sperrte die Daergasse und den Ausgang nach dem Thorberge bei der Kirche der Vorstadt; auch die Bosenstraße war gesperrt. Die Insurgenten brachten eine bewaffnete Macht von 10 Binten und etwa 20 Piken zusammen; ein Soldat, der auf der Durchreise nach Schleswig war, machte sich das Vergnügen, mitzuführen; alle übrigen Kämpfer waren Arbeiter aus der Stadt. Als der Angriff begonnen sollte, ließ ein Schlaupf die Schusterbuben auf den Popsplatz zusammentragen und anzünden. Sogleich erscholl die Sturmglocke von allen Thürmen und das Landvolf kam herein mit einigen Signalisten und Piken. Zuerst galt es der Barrikade in der Grimmaischen Straße. Bevor sie angegriffen wurde, erbaten sich die Gesef der demokratischen Partei beim Magistrat, die Sache ohne Blutergießen beizulegen, wenn man ihnen die Unterhandlung mit den Arbeitern übertragen wollte. Der Magistrat nahm das Anerbieten an, und wies die Vermittler an den Kommandanten der Bürgerwehr, den Degen Reumeister. Dieser nahm zuerst das Anerbieten an, dann lehnte er es ab, und schwur, den Feind zu schlagen.

Jetzt griff Achilles Otto Wigand mit seiner Kompagnie an. Die Grimmaische Straße ertönte von den Fußritten der Helben bis 50 Schritte vor die Barrikade, hier war die Ritterstraße. „Halt! Feuer!“ rief Achilles, und eine ungeheure Salve rasselte in die Porzellanstätten. Es ist einen Augenblick still; dann fallen einige wohlgezielte Schüsse von der Barrikade; einige Bürger sind verwundet; es gibt sogar einen Toten zu beklagen. Jetzt ist es Zeit! Die ganze Kompagnie mit ihrem glorreichen Feldherrn an der Spitze reißt aus, die Ritterstraße hinunter; und: „der König ist gerettet, nieder mit dem Volk!“ Reumeister rekonozirt das Schlachtfeld; er ist aber entschlossen, zu siegen oder besetzt zu werden. Er beordert den Dr. Mar Feiner mit mehreren Kompagnien zugleich, um das Ungeheuer in der Grimmaischen Gasse zu vertilgen und der Erde gleich zu machen. Dieselben tapfern Fußritter erschallen, dieselbe Position wird mit Weisheit eingenommen. Dieselbe Salvo, dieselbe Flucht durch die Ritterstraße. Sieben Töbte verliert die große Armee der 6000 Mann Bürgerwehr. Unzählige Male

wiederholt sie das Unmögliche, und am 10. Abends bis 5 Uhr Morgens bekämpft sie die verwegnen 10 Hliten. Denn als es hell wird, sehen die Philister in den Häusern die geringe Anzahl ihrer Feinde; sie holen sich Hliten und beschließen die Barrikadenkämpfer aus den Fenstern von hinten. Hier ist der edle Gontard gefallen; er schloß eben aus dem Café français herab, als ihm die Kugel eines Demokraten antwortete. Nun wurden alle Fenster besetzt. Die Schlacht war nicht mehr zu halten; die 10 Hliten und die 20 Hliten zogen sich zurück. Als die Barrikade verlassen war, wurde sie von den 6000 Mann Bürgergardien mit Sturm genommen. Die siegreiche Fahne des Reichs wehte auf den

Vorzellantischen; eine rote Fahne ist nicht erbeutet worden, weil die 10 Männer keine gehabt hatten. Aber das Werk war jetzt erst halb gethan. Die Sieger eilten die Straße entlang über den Postplatz, und verfolgten den Feind, der verschwunden war in die Dresdner Straße. Sie schossen muthig alle ihre Gewehre ab und erlegten noch um 5 Uhr einen Missethater, der mit seinem Karren zum Thore hereinkam. Am andern Tage erklärten Bürgermeister und Rath den Belagerungszustand. Man sandte in die drei nächsten preussischen Garniso-

nen um Verstärkung gegen die Rebellen, und Dr. Wöschel holte ein Detaschement Braunschweiger mit der Eisenbahn. Ehre und Ruhm den 6000 Leipziger Bürgern, die am 6. Mai in der Grimmischen Gasse das Königthum gerettet und die 10 Proletarier erschlagen!

Des Landesauschusses verantwortlicher Redakteur:  
H. B. Oppenheim.

**Literarische Anzeige.**  
C.174. Im Verlage von Just. Alb. Wohlgemuth in Berlin ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Karlsruhe durch die **Perder'sche Buchhandlung**, zu beziehen:  
**Bibel und Astronomie,** nebst mehreren Zugaben verwandten Inhalts. Ein Beitrag zur bibl. Kosmologie für Freunde der heiligen Schrift von J. H. Kurz, Dr. theol. Zweite, gänzlich umgearbeitete Auflage. 21 Bog. gr. 8. eleg. geh. Preis 2 fl. 42 fr.

C.285. Karlsruhe.  
**Berichtigung.**  
Die Nummer 9 der Karlsruher Zeitung enthält einen Korrespondenzartikel aus Karlsruhe vom 22. Mai, worin dem Publikum in Bezug auf die neuesten Ereignisse die Versicherung gegeben wird, daß die Post in keiner Weise gestört, und daß namentlich das schwarze Kabinet, welches unter allen Monarchien bestehe, aufgehoben sey. Der letztere Punkt wird hiermit insoweit berichtigt, als bei der Verwaltung der badischen Posten niemals ein sogenanntes schwarzes Kabinet bestand, und somit ein solches auch nicht aufgehoben werden konnte. Karlsruhe, den 24. Mai 1849.  
Direktion der Posten und Eisenbahnen.  
J. E. D. D.  
Steinbach.

**Einladung.**  
C.294. Buchen.  
Sämmtliche Vorstände der Volksvereine des 19. Wahlbezirks, welche die Aemter Eberbach, Neudau, Waldbrunn, Adelsheim und Buchen umfassen, werden hiermit aufgefordert, an der Vorberatung über die Wahl der Deputirten zur konstituierenden Versammlung nach Karlsruhe nächsten Mittwoch, den 30. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum Engel in Großscholzhelm recht zahlreiche Theilnahme zu bezeugen.  
Der Vorstand des Volksvereins.  
Helminger.  
P. E. H.

C.276. [2]2. Steinbach.  
**An praktische Aerzte.**  
Schon seit geraumer Zeit befindet sich zum Nachtheil des leidenden Publikums nur ein praktischer Arzt hier, und dieser hat noch das Landchirurgat Bühl vorläufig zu versehen, wodurch seine Privatpraxis noch faumlicher besorgt wird, als je, und dieser menschensfreundliche, sittliche und charaktervolle Herr Dr. Hüber hat noch das Unglück, wegen allzu starker Anstrengung in seiner Praxis, öfters selbst unwohl zu werden (und dann wehe denen, die um ärztliche Hilfe bei ihm anrufen), wodurch natürlich die leidende Menschheit hier und der bedeutenden Umgegend sehr Noth leidet; es ergeht hiermit an diejenigen praktischen Aerzte, die ihre selbstigen Stellen zu wechseln geneigt sind, das Ersuchen, diesem großen Uebelstande baldigst abzuhelfen und sich, was das Beste wäre, selbst von dieser Sache überzeugen zu wollen, damit Herr Dr. Hüber nicht mehr Ursache hat, sich über überhäufte Geschäfte zu beschweren und jedem beliebigen Patienten seine Krankenliste und wichtigen Operationen auszukramen; wer von den praktischen Aerzten Lust hat, diese angebotene Stelle zu übernehmen, muß nothwendiger Weise in allen drei Jähren licenzirt seyn.  
Steinbach, im Bezirksamt Bühl, 20. Mai 1849.  
Dieses wünschen viele Bürger.  
C.295. [3]1. Lahr.  
**Warnung.**  
Mein Sohn Wilhelm überläßt sich seit einiger Zeit einem herumfahrenden Lebenswandel, und nimmt auf meinen Namen Geld auf, wo er welches bekommt. Ich erkläre daher öffentlich, daß ich für diesen leichtsinnigen Sohn keine Zahlung mehr leisten, und ihn lediglich seinem selbstverschuldeten Schicksal überlassen muß.  
Lahr, den 24. Mai 1849.

**Frank.**  
Oberzollinspektor.  
C.244. [3]3. Steinbach.  
**Gesuch eines Apotheker-gehilfen.**  
Es findet sogleich ein gut empfindlicher Pharmazeut eine Gehilfenstelle bei  
**Frz. Schloffer, Apotheker.**  
Steinbach, den 21. Mai 1849.  
C.290. [3]1. Gengenbach.  
**Lieferung von Hüten.**  
Das erste Aufgebot der hiesigen Bürgerwehr soll als Kopfbedeckung schwarze Federhüte erhalten, und die Lieferung dieser Hüte — ungefähr 100 Stück — im Commissionswege vergeben werden.  
Die Lieferungszeit ist vom Tage des Zuschlags an 14 Tage.  
Mit dem Zeichen B. H. versehen, wollen die Angebote bis 29. d. M. bei diesseitiger Stelle eingereicht werden.  
Gengenbach, den 22. Mai 1849.  
Bürgermeisteramt.  
Erhard.  
vdt. Böfker.

C.296. [2]1.  
**Regelmäßige Paket - Schifffahrt nach Nordamerika.**  
Von Antwerpen nach New-York:  
Abfahrt den 5. Juni das Schiff **Shakespeare** von 750 Tonnen, Kapitän **Edw. Coombs**,  
" " 15. " " **Cotton Plauter** von 600 Tonnen, Kapitän **Pratt**.  
Von Havre bis New-York:  
Abfahrt 1/3. Juni, Schiff **Niobe**, Kapitän **Thomas**,  
" 7/10. " " **Venice**, " **Salter**,  
" 16/20. " " **Nic Bidde**, Kapitän **Gaulkins**,  
" 26/30. " " **Monterey**, " **Mac Mann**.  
Nähere Auskunft und Einschreibungen ertheilen:  
**Ernst Bloch, S. Fischer, S. Lenz, Ch. Fikinger,**  
Karlsruhe, Dinglingen, Pforzheim, Eschelbach.

C.293. Karlsruhe.  
**Apotheken-Verkauf.**  
Eine Apotheke im württembergischen Unterland wird besonderer Umstände halber in Bände zu verkaufen gesucht. Die Brutto-Einnahme beträgt im Durchschnitt jährlich 2400 fl. Gebäulichkeiten sind in gutem Zustand.  
Demjenigen Kaufstücker, welcher binnen vier Wochen das Mehrtheil über 19,000 fl. offerirt, kann das Geschäft überlassen werden. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.  
C.245. [3]2.  
**Eröffnung des Hub-Bades bei Bühl.**  
Die Heilquelle in der Hub, welche zu den kostbarsten eisenhaltigen Termen gehört, und dieselben Bestandtheile wie die Quellen zu Baden besitzt, hat ihren schon längst wohlbegründeten Ruf stets bewährt durch Beförderung und Heilung chronischer Rheumatismen, Rheumatalgien, Gicht, Stropheln, venöser Anschoppung im Unterleibe und deren Folgen, Verschleimung der Verdauungs- und Respirationorgane, und besonders fränkischer Verkrümmung der weiblichen Geschlechtsorgane.  
Für Brust- und Unterleibsranke wird mit dem Kurbrunnen der Gebrauch vorzüglicher Mollen aus dem fränkischen Gebirge verbunden.  
Der gegenwärtige neue Eigentümer, **S. Rapp** aus Bühl, hat nun den bisherigen vielen Mängeln abgeholfen, und die Anstalt jetzt hinsichtlich der zweckmäßigen Einrichtung der Dusch- und Dampfbäder, wie überhaupt in jeder Beziehung, seiner der größeren Bäder nach.  
Mit dieser Anstalt ist auch eine Kalt-Wasser-Heilanstalt verbunden.  
Bühl, im Mai 1849.

**C. Schmitt, Badarzt.**  
Bei obstehenden Erläuterungen dieser Heilquelle in der Hub empfehle ich dieses neu angetretene Etablissement noch ganz besonders, unter Zusage einer reellen, guten und billigen Bedienung, allen meinen resp. Gönnern und Freunden. Die Eröffnung des Bades findet **Sonntag, den 27. Mai d. J.**, statt. Am Pfingstmontag Ball im großen Saal.  
**Fr. Jos. Kappler von Baden, Badwirth in der Hub.**  
C.286. [2]1.  
**Bad Griesbach im Rendthale.**  
Meinen verehrten Gönnern und Freunden mache ich hiermit die ergebene Anzeige, daß meine Badanstalt seit dem 15. Mai d. J. wieder eröffnet ist; ich bringe daher meine Bad- und Gastwirthschaft empfehlend in Erinnerung.  
Das Lokal ist geräumig, fast eine große Anzahl Zimmer, nebst gewöhnlichen auch Dusch- und Dampfbäder zu haben, und das Ganze bietet jede wünschenswerthe Bequemlichkeit dar. Die ausgezeichneten Heilkräfte der Mineralquelle sind schon längst berühmt, in welcher Hinsicht ich mich auf die Schrift von **Dr. Werber**, Professor in Freiburg i. B., „der Stahlwärling zu Griesbach“ beziehe.  
**J. Morsh, Badegewerbetreibender.**  
C.292. Nr. 2593. Freiburg.  
**Vertheilungsurtheilnahme.**  
Auf den Antrag des Gläubigerausschusses in der Gant der Gebrüder **Kuenger** in Freiburg wird die auf Donnerstag, den 31. Mai 1849, ausgeschriebene Liegenhaftvertheilung hiermit bis auf Weiteres zurückgenommen.  
Freiburg, den 24. Mai 1849.  
Das Stadtschreibereiamt.  
Wilh. Fischer, Notar.  
C.291. Nr. 18,577. Rastatt. (Aufgefundener Leichnam.) Am 10. d. M. wurde vom Rheine eine männliche Leiche auf der Gemarkung Steinmüllern am sogenannten Kinkelgrub ausgeworfen. Der Verunglückte trug folgende Kleidungsstücke:  
1) Eine kurze Jacke von blau gefärbtem baumwollenen Zeug, mit Seitentaschen versehen, grauer Leinwand gefüttert, und mit schwarzen, metallenen Knöpfen besetzt;  
2) eine schwarzmanchestrer Weste, vornen doppelt mit schwarzbraunen Knöpfen versehen und mit Varschen gefüttert;  
3) eine wollene Unterweste ohne Aermel, mit weißen beinernen Knöpfen;  
4) ein beinahe noch neues häfnenes Hemd, am Kragen und vornen an den Aermeln mit Perlmutterknöpfen besetzt, ohne Namen oder Zeichen;  
5) ein altes seidenes Halstuch;  
6) ein Paar graue, zwischene Beinkleider mit breitem Pofentag und schwarzen, metallenen Knöpfen;

7) ein Paar alte, blaue und gestickte Unterhosen;  
8) am rechten Fuße trug er einen weißen wollenen Socken mit einem Anlauf oben von einem baumwollenen Strumpf, und am linken Fuß einen baumwollenen Strumpf;  
9) alte Bundschuhe, größtentheils zertrümmert und gestickt, die Sohlen und Absätze mit starken Nägeln beschlagen.  
Der Verunglückte mag ein Alter zwischen 45 und 50 Jahren gehabt haben.  
Wir bringen Dies zur öffentlichen Kenntniß.  
Rastatt, den 20. Mai 1849.  
Das Oberamt.  
A. A.  
**B. Kappeler.**  
C.282. [3]2. Nr. 12,706. Bretten. (Diebstahl und Fahndung.) In der Nacht vom 9. auf den 10. d. M. wurden der **Georg Rühns** Wittwe von Jaisenhäusern aus einem Schweinfalk zwei Milchschweine, ein roth- und schwarzschweißes, und wovon das schwarzschweißes eine weiße Platte vor der Stirn bis zur Schnauze und einen weißen Ring am Hals hatte, entwendet, was beuf der Fahndung auf dieselben und auf den zur Zeit noch unbekanntem Thäter veröffentlicht wird.  
Bretten, den 21. Mai 1849.  
Das Bezirksamt.  
Gaupp.  
vdt. W. Bittmann, A. J.  
C.275. [3]2. Nr. 13,237. Säckingen. (Verkaufmachung.)  
In Säckingen  
**Fridolin Laudner** von Binzen gegen  
**Joseph Schläpfer** von Lochmatt,  
Forderung von 284 fl. und Zins vom 7. Dezember 1844 betref.  
Auf Bitte des Klägers  
**Vescher**  
Das Erbvertragsrecht des Beklagten am Nachlaß des verstorbenen **Mathä Eckert** dahier wird bis zum Betrag von 284 fl. und Zins vom 7. Dezember 1844 für den Kläger auf sein Ansuchen mit Beschlag belegt, und der Heilungsbehörde, da ein anderer Testamentvollzieher nicht aufgestellt wurde, aufgegeben, davon bis auf weitere Verfügung die Vermeidung eigenen Patens an den Beklagten Nichts auszufolgen.  
Nachricht dem Beklagten mit der Auflage, den Kläger binnen 4 Wochen zu befriedigen, widrigenfalls ihm der mit Beschlag belegte Betrag an Zahlungsschuld zugewiesen würde.  
Dies wird, da der Aufenthaltsort des Beklagten unbekannt ist, demselben auf Klägers Ansuchen nach §§. 272. 273. 275 und 277 P. D. hiezu verurtheilt.  
Säckingen, den 23. April 1849.  
Das Bezirksamt.  
Gambert.  
C.247. [3]2. Nr. 12,534. Sinsheim. (Verkaufmachung.)  
Die Bitte der **Salomon Reinach's** Wittve von Sinsheim, um Einweisung in Besiß und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemanns betr.  
Da auf die diesseitige Aufforderung vom 19. Febr. d. J., Nr. 5210, gegen das Gesuch der Wittve des **Salomon Reinach** von Sinsheim eine Einprache nicht geltend gemacht wurde, so ergeht  
Verfügung.  
Die Wittve des **Salomon Reinach** von Sinsheim, **Karolina**, geborne **Robinson**, sey in Besiß und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemanns einzuweisen.  
Sinsheim, den 7. Mai 1849.  
Das Bezirksamt.  
Bode.  
vdt. Stein.  
C.248. [3]2. Nr. 12,796. Sinsheim. (Verkaufmachung.)  
Die Bitte der **Johann Kaufmann's** Wittve von Sinsheim, um Einweisung in Besiß und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemanns betr.  
Da auf die diesseitige Aufforderung vom 19. Febr. d. J., Nr. 5209, eine Einprache gegen das Gesuch der **Johann Kaufmann's** Wittve von Sinsheim nicht erhoben wurde, so ergeht  
Verfügung.  
Die Wittve des verlebten **Bürgers** und Landwirths **Johann Kaufmann** von Sinsheim, **Elisabetha**, geborne **Dörr**, sey in Besiß und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemanns einzuweisen.  
Sinsheim, den 7. Mai 1849.  
Das Bezirksamt.  
Bode.  
vdt. Stein.  
C.274. [3]2. 2699. Mannheim. (Erbverteilung.) Zur Erbschaft des dahier verstorbenen Schauspielers **Karl Heigel** von München beruft das Gesetz seine Geschwister oder deren Nachkommen, von welchen ein Bruder **Caspar Heigel** sich vor langen Jahren nach Paris begab, ein Sohn von diesem

vor einem Jahre sich in Karlsruhe aufgehalten hat, und ein anderer Bruder, **Maler Joseph Heigel** in Paris mit Rücklassung zweier Kinder, **Franz Heigel**, **Maler**, und **Henriette Heigel**, gestorben seyn soll. Diese Beteiligten werden hiermit zur Erbschafts-Teilung mit  
Rastatt, den 21. Mai 1849.  
Das Stadtschreibereiamt.  
Wintzer.  
C.280. [3]1. Nr. 2593. Bühl. (Erbverteilung.) Zur Erbschaft des am 22. Februar 1848 verstorbenen **Bürgers** und **Rebmanns Michael Bato** zu Bühlenthal ist unter Andern auch **Josepha Paulus** aus Wien, einzige Tochter des in Wien am 15. Mai 1823 verstorbenen **Georg Paulus** (Stiefbruders des Erblassers **Michael Bato**) berufen. Da der Aufenthalt der **Josepha Paulus** nicht bekannt, so wird sie oder deren Erben hiermit aufgefordert, innerhalb 3 Monaten, von heute an, sich dahier zu melden, und den sie treffenden Anteil in Empfang zu nehmen, andernfalls derselbe denjenigen zugewendet würde, welchen er zufälle, wenn die genannte **Josepha Paulus** zur Zeit des Erbverfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.  
Bühl, den 23. Mai 1849.  
Das Amtsrevisoramt.  
Rheinboldt.  
vdt. Zind, Notar.

C.281. [3]2. Nr. 12,428. Buchen. (Aufforderung.) **Valentin Hilbert** von Trienz, Bezirksamt Mosbach, steht dahier wegen Theilnahme an einer Verwundung in Untersuchung. Da derselbe auf wiederholte Ladung nicht erschienen ist, so wird er anmit aufgefordert, sich  
binnen 14 Tagen dahier zur Einvernahme zu stellen.  
Auch werden die Polizeibehörden ersucht, denselben im Betretungsfalle anher zu weisen.  
Buchen, den 19. Mai 1849.  
Das Bezirksamt.  
Pammerich.  
vdt. Hartnagel.  
C.288. [3]1. Nr. 15,475. Durlach. (Schuldenliquidation.) **Georg Philipp Krieger** in Säckingen wurde Gant erkannt, und zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren Tagfahrt auf  
Mittwoch, den 27. Juni 1849, Vormittags 8 Uhr, angeordnet.

Alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde, Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, werden hiermit aufgefordert, solche in der angeordneten Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschusses von der Masse, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigten, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen, die der Anmeldeende geltend machen will, mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Anrechnung des Beweises mit andern Beweismitteln.  
In der nämlichen Tagfahrt soll der Massepfleger und Gläubigerauschuß ernannt, und ein Borg- oder Nachlassvergleich versucht, und in Bezug auf Borgvergleich und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerauschußes die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.  
Durlach, den 17. Mai 1849.  
Das Oberamt.  
Koschirt.  
vdt. Löwer, A. J.

C.258. [3]2. Nr. 8188. Blumenfeld. (Schuldenliquidation.) **Georg Anton Schach**, Bauer von Weidenbüchel, ist Gant erkannt, und Tagfahrt zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf  
Montag, den 18. Juni 1849, Vormittags 8 Uhr, auf diesseitiger Amtskanzlei festgesetzt; wo alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, solche, bei Vermeidung des Ausschusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigten, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, welche sie geltend machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Anrechnung des Beweises mit andern Beweismitteln.  
Zugleich werden in der Tagfahrt ein Massepfleger und ein Gläubigerauschuß ernannt, Borg- und Nachlassvergleich versucht, und sollen in Bezug auf Borgvergleich und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerauschußes die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.  
Blumenfeld, den 26. April 1849.  
Das Bezirksamt.  
Dreyer.  
C.289. Nr. 16,322. Bruchsal. (Fahndungs-urkunde.)  
J. A. S.  
gegen  
**August Wilhelm** von Bruchsal, wegen Diebstahls, wird das diesseitige Fahndungsschreiben vom 3. Septbr. v. J., Nr. 25,002, wieder zurückgenommen, da der Angeklühdte anher eingeliefert wurde.  
Bruchsal, den 11. Mai 1849.  
Das Oberamt.  
v. Berg.

C.268. [2]2. Nr. 12,610. Engen. (Erledigte Rechtspraktikantenstelle.) Bei diesseitigem Amte ist die Stelle eines Praktikanten mit einem jährlichen Gehalt von 500 fl. erledigt, welche sogleich besetzt werden solle.  
Geübte Praktikanten, welche diese Stelle zu erhalten wünschen, wollen sich in Bände bei dem Unterzeichneten melden.  
Engen, den 21. Mai 1849.  
Das Bezirksamt.  
Mader, Amtsvorwarter.